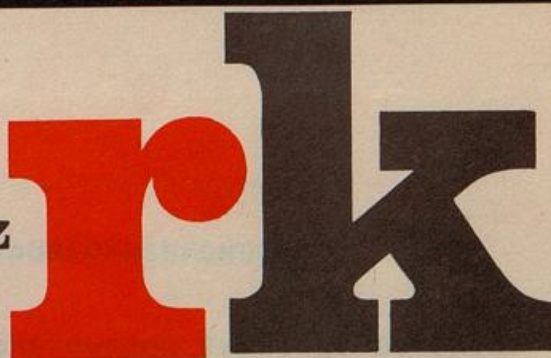


F 57.201 Schin 24
Juli 1982

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Donnerstag, 1. Juli 1982

Blatt 1985

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Wiener Gemeinderat
(rosa) Dank des Gemeinderates für scheidenden Gaswerke-
Direktor
Kein "versteckter" Giftmüll in Leobersdorf
Mieter aus der Großfeldsiedlung bei Stadtrat Hatzl

Nur

Über FS: 1.7. Eiserne Hochzeit in Rudolfsheim-Fünfhaus
Samstag freier Eintritt beim Gänsehäufel-Fest

1. Juli 1982

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 1986

Dank des Gemeinderates für scheidenden Gaswerke-Direktor

=++++

2 #Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 30. Juni dem Direktor der Wiener Stadtwerke-Gaswerke Dipl.-Ing. Dr. techn. Josef Scholle anlässlich seiner Versetzung in den Ruhestand den Dank ausgesprochen.# (Schluß) red/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Subventionen

=++++

3 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) StR. MAYR (SPÖ) beantragte die Gewährung von Subventionen an verschiedene Vereinigungen und Einrichtungen in der Gesamthöhe von 13,2 Millionen S.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) wandte sich gegen eine Subventionierung der Kammerlichtspiele am Schwarzenbergplatz (Stadtkino) in der Höhe von 2,5 Millionen S. Er begründete seine Ablehnung mit der Höhe der beantragten Subvention sowie mit dem Umstand, daß es schon zwei Kinos in Wien gibt, die alternative Filme spielen und durch das Stadtkino eine zusätzliche Konkurrenz erhielten.

StR. Prof. Dr. ZILK betonte, daß das Stadtkino keineswegs mit anderen Kinos in Wien vergleichbar sei. Ein eigener Verleih wurde aufgebaut, die Filme können im Original (entsprechende Objektive und Laufgeschwindigkeit) gespielt werden. Ursprünglich rechnete man im ersten Jahr mit 40.000 Besuchern, tatsächlich wurden schon im ersten Halbjahr 30.000 Karten verkauft.

StR. MAYR erklärte in seinem Schlußwort, daß es möglich gewesen wäre, die Mittel für das Stadtkino aus dem Bereich der Stadthalle aufzubringen. Im Sinne der Transparenz wurde jedoch bewußt der klare Weg einer Subvention durch den Gemeinderat gewählt.

Die ABSTIMMUNG erfolgte getrennt. Die Subventionierung der Kammerlichtspiele wurde mit den Stimmen der SPÖ und der FPÖ angenommen, alle übrigen Subventionen wurden einstimmig genehmigt. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: VOEST-Vertrag

=++++

5 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) StR. MAYR (SPÖ) erklärte einleitend zu dem Vertrag, damit könne nun erreicht werden, daß jede Änderung im Termin- oder Kostenplan den Politikern berichtet werden müsse. Komme es zu keiner Einigung zwischen Beirat und Vorstand würde die endgültige Entscheidung bei Ministern und Stadträten liegen. Zu den Betriebskosten meinte MAYR, dies seien Folgekosten, die durch Bau und Konstruktion beeinflußt werden könnten. Die Nichteinschaltung des Kontrollamtes verteidigte er damit, daß es nicht zweckmäßig sei, zwei Kontrollämter parallel laufen zu lassen.

GR. HIRNSCHALL (FPÖ) deponierte das Vertrauen seiner Partei in den Vertragspartner VOEST, warf MAYR aber vor, daß er sich bei der Vergabebestimmungen, Kontrolle sowie Zeit-Kosten-Rechnung nicht durchgesetzt habe oder nicht durchsetzen wollte. Die alleinige Anwendung der VOEST-internen Richtlinien sei ebenso bedauerlich wie die Aussperrung des Kontrollamtes und die Reduktion der Kontrollorgane auf sechs. Damit unterschreibe man einen Blankowechsel, da man bald Gefangener des Vertrages sein werde.

GR. KRASSER (ÖVP) erklärte, auch seine Partei könne dem Vertrag schon deshalb nicht zustimmen, weil die wichtige Frage der Kontrolle nicht sichergestellt sei. Er berief sich auf eine Aussage des ehemaligen Rechnungshofpräsidenten KANDUTSCH, der die Einschränkung der Kontrolle als Willkür bezeichnet hatte. KRASSER kritisierte auch, daß StR. MAYR die von der ÖVP verlangte Kontrolle in einer Ausschußsitzung als für den Bau tödlich qualifiziert hatte. (Forts.)
rö/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Voest-Vertrag

=++++

6 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) GR. Prof. WIESINGER (SPÖ) meinte, die ÖVP sei in den letzten Jahren durch einen Zick-Zack-Kurs in Sachen AKH unglaublich geworden. Sie habe offenbar vergessen, daß die Grundsatzentscheidung beim AKH von ÖVP-Spitzenmitgliedern im sogenannten Spitzenausschuß beschlossen worden wären. WIESINGER befaßte sich dann mit den von StR. MAUTHE geprägten Begriff "Saurier" und meinte nur eine kleine Gruppe der Saurier sei wirklich groß gewesen. Überdies warf er Mauthe vor, daß man nach dessen Betrachtungsweise auch das Stift Melk oder die großen gotischen Dome Europas als Saurier bezeichnen müsse. WIESINGER wies darauf hin, daß das AKH eine hervorragende und der traditionellen Wiener Schule adäquate Ausbildungsanstalt sein werde und daß Ex-ÖVP-StR. GLÜCK bis heute für das AKH eintrete.

GR. HAWLIK (ÖVP) replizierte zur Frage der Saurier, daß der Tyrannosaurus rex immerhin zwölf Meter groß gewesen sei. Im Übrigen meinte er, Wien brauche das AKH, aber es brauche es bald, funktionierend und ohne daß es soviel Geld wegnehme, daß für andere soziale Vorhaben kein Geld mehr vorhanden wäre. HAWLIK kritisierte die ungenauen und unvollständigen Betriebskostenabrechnungen und verlangte die Einbildung der Betriebskosten in den VOEST-Vertrag.

In einer tatsächlichen Berichtigung stellte GR. WIESINGER (SPÖ) fest, daß der Tyrannosaurus rex nur fünf bis sechs Meter groß gewesen ist.

GR. DINHOF (SPÖ) kritisierte, daß die ÖVP kein Wort zum raschen und sauberen Baufortschritt gefunden habe. Es wäre immer nur von Einstellen, Abreißen oder Teillausbau die Rede gewesen. Er wandte sich auch dagegen, daß die Medien ein großes Krankenhaus in jedem Fall als inhuman bezeichnen. (Forts.) rö/ap

NNNN

1. Juli 1982

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 1990

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: VOEST-Vertrag

=++++

7 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) DINHOF meinte, nicht die Gebäude sondern die Betreuung der Menschen sei entscheidend. Zur Kontrolle meinte DINHOF, kein privatwirtschaftliches Unternehmen sei bereit, sich Fesseln in alle Richtungen anlegen zu lassen. Schließlich gebe es in der Privatwirtschaft eine Innenrevision. Zur Kontrolle müsse man JA sagen, aber nicht wenn sie offensichtlich einen Bau verhindern solle.

StR. MAUTHE (ÖVP) meinte in einer kurzen Wortmeldung, er könne sich sicherlich mit GR. WIESINGER auf die Formulierung einigen: "Die Saurier stecken tief in der Kreide". (Forts.) rö/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: VOEST-Vertrag

=++++

9 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) GR. NEUMANN (ÖVP) deponierte neuerlich das Vertrauen der ÖVP in die VOEST, aber die Kritik am Vertrag. Seit 1970 habe man 14 Vorstandsdirektoren ausgewechselt und fünf Organisationsformen versucht. Nun sei der tatsächliche Bauherr, nämlich der Steuerzahler, in den Entscheidungsgremien in der Minderheit. Der Vertrag besiegelt die Entmündigung der Stadt Wien und des Bundes. Die VOEST kann sich ihrerseits problemlos aus dem Vertrag zurückziehen. GR. Neumann bezeichnete die Tätigkeit der VOEST beim AKH als "Schnupperlehre an der Endlosbaustelle". Der Vertrag läßt die Haftung, die Abfertigung der AKPE-Mitglieder, die Planung und die Folgekosten offen. Der Wiener Wirtschaft wird außerdem ein großes Auftragsvolumen entzogen.

Stadtrat MAYR stellte in seinem Schlußwort fest, daß die Entscheidungen über Art und Ausstattung des Baus eindeutig beim Bund und bei der Stadt Wien liegen. Die VOEST trage die volle Haftung. Eine sachliche Diskussion sei mit der ÖVP in Fragen AKH nicht mehr möglich. Der derzeitige Termin- und Kostenplan ist die Basis für die weitere Arbeit der VOEST bis zur vertraglich festgesetzten Vorlage des nächsten Zeit-Kosten-Planes. Er halte die Kontrolle für sehr wichtig, sagte Mayr, lehne es aber ab, wenn zwei Kontrollinstanzen unkoordiniert nebeneinander tätig sind. Wenn jemand kriminelle Handlungen setzen will, so könne er alle Arten der Sicherheitskontrolle umgehen. Die Betriebskosten sind durch die Investitionen und durch die Art wie der Betrieb geführt wird, eindeutig bestimmt.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Lehrstellenförderung

=++++

10 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Finanzstadtrat MAYR (SPÖ) beantragte die Beteiligung der Stadt Wien an einem Sonderprogramm zur Förderung zusätzlicher Lehrstellen in Wien mit einem finanziellen Beitrag Wiens von je 6 Millionen S in den Jahren 1982 bis 1984.

GR. KUCHAR (FPÖ) begrüßte dieses sozialpartnerschaftliche Modell in der Hoffnung, in Zukunft Probleme der Lehrlingsausbildung lösen zu können. Kuchar forderte auch die Einstellung von mehr Lehrlingen bei den Gebietskörperschaften.

GR. Dkfm. Dr. EBERT sagte, daß die Frage des Lehrplatzes für die Jugend keine polit'sche oder wirtschaftliche, sondern eine Gesinnungsfrage sei. Die Gewerbliche Wirtschaft in Wien sei - mit steigenden Lehrlingszahlen auch in den wirtschaftlich schwierigen Jahren 1979 bis 1981 - dieser Verpflichtung stets nachgekommen. Die beste Sicherung der Lehrplätze sei jedoch eine gesunde Wirtschaft mit gesunden Betrieben.

GR. MRKVICKA (SPÖ) plädierte für gemeinsame Bemühungen aller Beteiligten im Sinne der jungen Menschen auf Lehrstellensuche. Wenn es aus verschiedenen Gründen wirtschaftliche Probleme gebe, so sei es eben notwendig, eine Hilfestellung zu leisten um möglichst allen Jugendlichen Lehrstellen vermitteln zu können. Mrkvicka sprach sich für einen Berufsausbildungsfonds aus: Betriebe, die keine Lehrlinge ausbilden, sollten über diesen Fonds einen Unterstützungsbeitrag an die Ausbildungsbetriebe leisten. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Lehrstellenförderung

=++++

11 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) GR. HAUBENBURGER (ÖVP) berichtete über die Höhe der Lehrlingsentschädigung. Sie betrage im 4. Lehrjahr einschließlich der Nebenkosten 9.500 S. Er erklärte, die Wiener Wirtschaft werde alles tun, um den Lehrlingen Arbeitsplätze zu sichern. Haubenburger wandte sich gegen eine ständig steigende Zahl von Vorschriften, die die Lehrlingsausbildung verleihe. Große Anstrengungen seien auch für die Beschäftigung von Ferialpraktikanten notwendig.

GR. Komm.Rat SCHNEIDER (ÖVP) wies darauf hin, daß die Lehrlingshaltung im Gastgewerbe unter anderen Voraussetzungen erfolge, als in anderen Zweigen. (Er nahm damit Bezug auf verschiedene Zwischenrufe im Rahmen der Debatte). Der Gastgewerbeberuf sei ein Modeberuf, Köche würden für die ganze Welt ausgebildet. Es gebe ausgezeichnete Schulen für die Ausbildung.

Stadtrat NEUSSER (ÖVP) erwähnte eine Untersuchung aus der BRD, wonach ein Lehrlingsplatz innerhalb von drei Jahren 250.000 bis 550.000 Schilling koste. Es wäre zweckmäßig, wenn Handelsminister und Wissenschaftsminister eine gleichartige Untersuchung für Österreich durchführen ließen. Sie wäre wichtig für eine gemeinsame Gesprächsbasis. Neusser bezifferte die Ausbildungskosten in Wien auf 52,5 Millionen pro Jahr. Er verlangte steuerliche Vorteile und Begünstigungen bei den Sozialabgaben für Meister, die selbst ausbilden. Die ÖVP wehre sich nicht gegen den 2. Berufsschultag, wenn die erforderlichen begleitenden Maßnahmen gesetzt werden: Eine bessere theoretische und eine gute praktische Ausbildung würden zu einer Lehrzeitverlängerung führen.

GR. MRKVICKA (SPÖ) sagte in einer zweiten Wortmeldung, Wien sei das erste Bundesland, das sich zu einer solchen gemeinsamen Aktion bereitgefunden hat. Die angenommenen Nebenkosten der Lehrlingsentschädigung dürften zu hoch sein. Er BEANTRAGTE, die Beratungstätigkeit des Landesarbeitsamtes für lehrestellensuchende Jugendliche zu verstärken. (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Lehrstellenförderung

=++++

12 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) GR. GAWLIK (SPÖ) bekannte sich in seiner Wortmeldung zum "Dualsystem" von Schul- und Praxisausbildung. Das Gewerbe müsse aber auch die Schulausbildung anerkennen. Durch die hohe Spezialisierung sei eine breite Ausbildung notwendig. Den zweiten Berufsschultag sollte man den Lehrlingen gönnen, da im humanen Bereich noch viel aufzuholen sei.

In seinem Schlußwort erklärte StR. MAYR, er freue sich über die Sachlichkeit der Debatte. Zum Vorwurf, die Unterstützung für Lehrlingsstellen zu spät gegeben zu haben, meinte MAYR, daß bis dahin alle Jugendlichen untergekommen seien und erst jetzt eine Unterstützung notwendig geworden wäre.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen. (Forts.)
roh/gg

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Förderung von Wassersparmaßnahmen

++++

13 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) GR. KNEIDINGER (SPÖ) stellte den Antrag, für die "Aktion zur Förderung von wassersparenden Investitionen" Investitionszuschüsse bis zu einem Gesamtvolumen von 60 Millionen Schilling zu genehmigen.

Als "neue öffentliche Geldquelle" bezeichnete GR. UHL (ÖVP) das Wasser, wie die Preissteigerungen der letzten Zeit bewiesen. Bei der Vorlaufaktion im Vorjahr seien von den zur Verfügung gestellten 15 Millionen S nur etwa 8,2 Millionen in Anspruch genommen worden. Die Kosten für die Betriebe seien sehr hoch, die Förderungsbeträge zu gering. Trotzdem werde seine Fraktion dem Antrag ihre Zustimmung geben.

An der Vorlaufaktion hätten sich rund einhundert Betriebe beteiligt die im Durchschnitt jeweils etwa 100.000 S in Anspruch genommen hätten, erklärte GR. KNEIDINGER in seinem Schlußwort. Die neue Aktion schließe nahtlos an, Investitionen seit dem 1. Jänner 1982 können rückwirkend eingereicht werden.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen.
(Forts.) roh/ap

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Garagenförderung

=++++

14 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) GR. WIESINGER (SPÖ) beantragte eine Änderung der Wiener Garagenförderungsaktion. An die Stelle der Gewährung von Baukostenzuschüssen sollen Darlehen im Ausmaß von 30 Prozent der Herstellungskosten treten.

GR. Dr. MAYR (ÖVP) begrüßte die neuen Förderungsbestimmungen und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß sie einen Garagen-Boom auslösen werden. Private Unternehmen sollen initiativ werden. Beispiele aus jüngster Zeit zeigen allerdings, daß der Privatinitiative seitens der Bürokratie oft schwere Hindernisse in den Weg gelegt werden

Bei der Garagenförderung handelt es sich um eine der vielen Aktionen zur Förderung der Wirtschaft, sagte GR. Ing. HOFSTETTER (SPÖ). In den ersten Jahren war die Aktion sehr gut aufgenommen worden. Seit 1976 waren zehn Projekte mit zusammen 6.000 Stellplätzen gefördert worden. Auf Grund der neuen Bestimmungen erfolgen die Rückzahlung des Darlehens beziehungsweise Zinsenzahlungen erst ab dem Zeitpunkt, da das geförderte Projekt Gewinn abwirft. Durch die lange Laufzeit stellt das Darlehen praktisch ein Geschenk dar. Derzeit stehen im 1. Bezirk 10.500 Garagenplätze zur Verfügung. An 21 weiteren Stellen könnten Garagen mit zusammen 12.800 Parkplätzen gebaut werden. Mögliche Standorte gibt es natürlich auch außerhalb des Stadtzentrums. Notwendig erscheint die private Initiative. HOFSTETTER wandte sich gegen einen kommunalen Garagenbau.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Subventionen

=++++

15 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) StR. VELETA meldete sich zu einer Mitteilung, um den Gemeinderat Bericht über die Situation bei Giftmüllagern der Entsorgungsbetriebe Simmering in Niederösterreich zu geben. (Siehe gesonderte Aussendung). (Forts.) rö/bs

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Rechnungsabschluß Stadtwerke

=++++

16 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) StR. HOFMANN (SPÖ) wies in seinem Bericht darauf hin, daß das Steigen der Rohstoffkosten hauptsächlich weltwirtschaftlich bedingt sei, und daß die Wiener Stadtwerke als Großkonsument von Rohenergie dieser Entwicklung machtlos ausgeliefert seien. Das bedeute, daß die Wiener Stadtwerke immer wieder danach trachten müssen, ihre Tarife den von außen her diktierten Realitäten anzupassen. Denn die Stadtwerke seien auch von ihrem Statut her verpflichtet, zumindest soviel Gewinn zu erzielen um Substanzverluste im Bereich der Anlagen zu vermeiden.

Die Fahrgeldeinnahmen der Verkehrsbetriebe liegen im Zusammenhang mit einer überaus großzügigen Rabattgewährung jährlich um hunderte Millionen Schilling unter jenen Erlösen, die sich ergeben würden, wenn die Rabatte nur im international üblichen Ausmaß gewährt werden. Auch auf diesem Teilbereich zeige sich deshalb, daß ein Festhalten an einer einmal festgelegten Tarifhöhe nicht möglich sei. Trotzdem seien die Leistungen der Wiener Stadtwerke unter Berücksichtigung des Kaufkraftzuwachses der letzten zehn Jahre keineswegs teurer geworden.

Bei den öffentlichen Verkehrsmitteln sei schon jetzt absehbar, daß der letzten Tarifreform ein durchschlagender Erfolg beschieden sei. Die Bevölkerung nehme die Vorteile der langfristigen Zeitkarten in unerwartet hohem Ausmaß in Anspruch.

Weiters verwies Hofmann auf die positiven Auswirkungen der Tätigkeit der energiever sorgenden Unternehmen der Wiener Stadtwerke auf Umwelt- und Luftqualität. Wenn vor einiger Zeit aus der Presse zu entnehmen war, daß langjährige Messungen der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik trotz Erhöhung des Energieverbrauches keine Verschlechterung der Luftqualität in Wien gezeigt haben, so darf dieses Ergebnis zweifellos zu einem erheblichen Teil auf die Maßnahmen der Stadtwerke zurückgeführt werden. (Forts.) rö/bs

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Rechnungsabschluß Stadtwerke

=++++

17 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Als derartige Maßnahmen nannte HOFMANN etwa die Tatsache, daß der Brennstoffeinsatz des Kraftwerkes Simmering bei Inversionswetteranlagen auf schwefelarmes Heizöl oder auf das schwefeldfreie Erdgas umgestellt wird, weiter Schornsteinhöhen bis zu 200 Metern und die Umstellung von einer Vielzahl von Einzelfeuerungen auf Fernwärme.

Sache der Stadtwerke wäre es aber auch, jene Probleme zu bewältigen, die sich aus der Tatsache ergeben, daß in Wien derzeit mehr als eine halbe Million Autos um die Straßen kämpft. Den privaten Kraftfahrzeugen stehen in Wien rund 2.000 Fahrzeuge der Verkehrsbetriebe gegenüber, mit denen 1981 rund 450 Millionen Fahrgäste befördert werden konnten. Ohne diese Leistungen wäre ein geordnetes Leben in unserer Stadt nicht denkbar. Die finanzielle Entlastung, die den Verkehrsbetrieben 1981 rund zwei Milliarden Schilling brachte, dürfe aber nicht zu der Annahme verleiten, daß die Tarife des öffentlichen Nahverkehrs in Wien für alle Zeiten eingefroren werden könnten, betonte HOFMANN neuerlich. Ferner wies HOFMANN darauf hin, daß der Schwerpunkt der Arbeiten bei den Wiener Verkehrsbetrieben die sukzessive Inbetriebnahme der U-Bahn sei, wobei aber auch das Straßenbahn- und Autobahnnetz weiter ausgebaut und auf die neuen, durch die U-Bahn geschaffenen Gegebenheiten umorientiert werde.

Die Städtische Bestattung schließlich habe 1981 einen Gewinn von 1,3 Millionen Schilling erzielt. (Forts.) r6/gg

NNNN

1. Juli 1982

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 1998

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Rechnungsabschluß Stadtwerke

=++++

18 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) kritisierte in erster Linie die Verbindung der Energieunternehmen mit den Verkehrsbetrieben. Der Fremdmittelaufwand der Wiener Stadtwerke war 1981 um 552 Millionen höher als vorgesehen. Die Verschuldung der Verkehrsbetriebe kann nicht allein auf die gestiegenen Energiepreise zurückgeführt werden. Pawkowicz beklagte, daß es keinerlei Einsicht in die Kalkulationen der ÖMV gibt. Die ÖMV hat die Gaspreise zu einem Zeitpunkt angehoben, als die Energiepreise weltweit fielen. Die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs wird zwar immer wieder angekündigt, wie beispielsweise das Beschleunigungsprogramm, doch geschieht nicht viel. Die Reparatur- und Werkstättenzeiten dauern durchschnittlich 50 Tage, das erscheint zu hoch. Bei der Bestattung gab es einen Gewinn von 1,3 Millionen Schilling. Diese fließen als "Tropfen auf dem heißen Stein" in die Verkehrsbetriebe.

GR. Ing. KREINER (ÖVP) kritisierte ebenfalls die Schwächung der Energieversorgungsbetriebe durch die Überschuldung an die Verkehrsbetriebe. Der Verlust der Wiener Stadtwerke betrug 1981 das Vierfache vom Vorjahr. Trotz sinkender Investition, Mehreinnahmen und Kapitalzufluß durch die Hoheitsverwaltung kam es zu keiner Aufstockung der Eigenmittel. Die ÖVP wird dem Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke nicht zustimmen. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Rechnungsabschluß Stadtwerke

=++++

19 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) GR. HIRSCH (SPÖ) sagte, insgesamt sei bei den Stadtwerken eine positiven Entwicklung zu verzeichnen. Insbesondere wies Hirsch auf die erfolgreiche Tarifreform bei den Verkehrsbetrieben hin und führte an, daß die Versorgung Wiens mit Energie jetzt und auch in der Zukunft gesichert sei. Hirsch sprach die Hoffnung aus, daß diese Aufwärtsentwicklung weitergehe und sagte, daß die SPÖ auch weiterhin gerne die Verantwortung für die Stadtwerke tragen werde.

GR. HAUBENBURGER (ÖVP) bemängelte, daß die Stadtwerke nach wie vor eine zu geringe Eigenkapitalbasis hätten und die Verkehrsbetriebe eine Belastung für die Energiebetriebe seien. Daran hätte auch der Sanierungsbeschluß im Jahre 1979 nichts geändert. Haubenburger begrüßte den erhöhten Anteil an Verbundstrom in Wien, kritisierte jedoch die Ablehnung einer Heizkostenbeihilfe durch die SPÖ. Auch der Wille zu einer zeitgemäßen Tarifreform sei bei den Sozialisten nicht vorhanden. Besonders der Gewerbetarif in Wien sei unsozial.

Abschließend brachte Haubenburger - angesichts der Bedeutung der Energieversorgung - den ANTRAG ein, eine eigene Geschäftsgruppe "Energie" zu schaffen, in der alle Energieunternehmen der Stadt Wien sowie die Heizbetriebe Wien zusammengefaßt sind. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Rechnungsabschluß Stadtwerke

=++++

20 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) GR. Maria KUHN (SPÖ) berichtete über die erfolgreiche Bilanz der Städtischen Bestattung. Der Gewinn ist vor allem auf den Sargerzeugungsbetrieb zurückzuführen: Särge werden auch in die anderen Bundesländer geliefert. Der Erdgasverbrauch ging 1981 um 9,8 Prozent zurück, teils wegen des mildereren Winters, teils wegen einer größeren Spargesinnung. Während die Einstandspreise der Gaswerke zwischen 1970 und 1982 um 730 Prozent gestiegen sind, wurden die Verbraucherpreise nur um 320 Prozent erhöht. Als erfolgreich hat sich die Entscheidung erwiesen, nunmehr kein A-conto für Hauszuleitungsinstandsetzungen einzuheben. Maria KUHN unterstrich die Bedeutung der Fernwärme und die Möglichkeit von Kostenreduktionen bei einer größeren Anzahl von Abnehmern.

GR. HAHN (ÖVP) wies darauf hin, daß die ÖVP stets für den Ausbau der Vorortelinie und den Vorrang des öffentlichen Verkehrs eingetreten ist. ÖVP-Anträge für die Vorortelinie wurden lange Zeit von der SPÖ immer wieder abgelehnt. Er befaßte sich dann mit einer "kulturpolitischen Veranstaltung" im vergangenen März in der Passage Karlsplatz, in der Fotos von Zivilkontrolloren ausgestellt und die Forderung erhoben wurde, nicht zu zahlen. Warum interessiert sich nicht die Polizei dafür, warum haben die Stadträte nicht darauf reagiert? fragte Hahn.

GR. HIRSCH (SPÖ) richtete an die ÖVP die Frage, warum sie dem Rechnungsabschluß der Stadtwerke nicht zustimme, obwohl doch vieles gemeinsam erarbeitet wurde. Hinsichtlich der Aktionen in der Karlsplatzpassage wies HIRSCH darauf hin, daß öffentliche Anklage von den Verkehrsbetrieben und der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten erhoben wurde. "Wir befinden uns bei der Ablehnung auf einer Linie", sagte HIRSCH. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Rechnungsabschluß Stadtwerke

=++++

21 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Man dürfe die Tatsache, daß seine Fraktion dem Rechnungsabschluß der Stadtwerke nicht zustimmen werde, nicht so auslegen, daß sie überhaupt gegen Energiesicherheit und Nahverkehr wäre, erklärte GR. Dkfm. AMMANN (ÖVP). Seine Partei sei stolz darauf, als erste eine U-Bahn und den Ausbau der Vorortelinie gefordert zu haben. Das Team von Stadtrat HOFMANN verglich GR. Ammann mit unserer Fußballnationalmannschaft: Es spiele "Sicherheitsfußball", ließe sich nicht aus der Reserve locken und wolle sich den Problemen nicht stellen.

Die Prioritäten seien bei den Verkehrsbetrieben entsprechend den Erfordernissen gesetzt worden, stellte GR. KOPFENSTEINER (SPÖ) fest. Durch den späten U-Bahn-Bau hätte sich die Gemeinde Wien viele Millionen an Forschungskosten erspart. Die ÖVP hätte seinerzeit auch die Beteiligung der Wiener Stadtwerke am Kernkraftwerk gefordert, was beweise, daß sie über zuwenig Verantwortungsgefühl verfüge.

Die Ausstellung des Jugendzentrums Gassergasse am Karlsplatz hätte eine ganze Berufsgruppe in schlechtes Licht gerückt, deshalb habe die Gewerkschaft den betroffenen Bediensteten vollen Rechtsschutz zur Verfügung gestellt. In letzter Zeit habe es durch Fahrgäste 24 verletzte Bedienstete der Verkehrsbetriebe bei Kontrollen gegeben, die Kollegen verdienten den vollen Schutz der Gemeindeverwaltung.

Schüler unter 15 Jahren können während der Ferien die öffentlichen Verkehrsmittel kostenlos benützen. GR. KUCHAR (FPÖ) forderte in diesem Zusammenhang auch Begünstigungen für ältere einkommenslose Schüler.

Der Anteil des ÖMV-Gases gehe immer mehr zurück, was sich auf die Preisgestaltung negativ auswirke, erklärte Stadtrat Hofmann in seinem Schlußwort. Das Beschleunigungsprogramm sei ihm genauso wichtig wie der U-Bahn-Bau.

ABSTIMMUNG: Der Rechnungsabschluß wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) roh/bs

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Kontrollamtsbericht

=++++

22 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) legte den Kontrollamtsbericht 1981 zur Kenntnisnahme vor. Er griff einige Fälle heraus, die den Wert der Kontrollarbeit eindrucksvoll unterstreichen. So konnte durch rechtzeitiges Eingreifen des Kontrollamts in ein Vergabeverfahren beim SMZ-Ost eine wesentliche Reduzierung des ursprünglichen Architektenhonorars erreicht werden. Im Hinblick auf den rückläufigen Arbeitsanfall im Opferfürsorgereferat wurden in diesem Bereich auf Anregung des Kontrollamtes einige Dienstposten eingespart. Das Kontrollamt vertrat die Auffassung, daß die dreistufige Projektierung von Radwegen zu zeit- und kostenaufwendig ist und regte ein zweistufiges Verfahren an. Besondere Kritik mußte an der unbefriedigenden Aktenbearbeitung im Bereich der Magistratsabteilung 69 geübt werden. Auch die häufige Störung von Rolltreppen in U-Bahn-Stationen, die auch auf mangelhafte Wartung zurückzuführen war, beschäftigte das Kontrollamt. Mehrere Prüfungen wurden bei der Rinter AG durchgeführt, wobei die Feststellungen des Kontrollamtes mittlerweile von der Realität zum Teil überholt und übertroffen wurden. Eine Serie von Zusagen der Firma Rinter wurde nicht eingehalten. Die Mitarbeiter des Kontrollamtes erfüllten ihre Aufgaben auch im vergangenen Jahr mit sehr viel Sachkenntnis und Akribie, schloß HIRNSCHALL.

Das Kontrollamt ist eine Institution geworden, die sich aufgrund ihrer Arbeit außer Streit gestellt hat, sagte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ). PAWKOWICZ wies auf die Empfehlung des Kontrollamtes hin, die Seebühne im Donaupark entweder zu sanieren oder aber abzutragen. Bei der schlechten Sanierung des Stadionbades wurden durch Schlamperei Verluste an Steuergeldern verursacht. Das Kontrollamt kritisierte auch die Produktion eines 920.000 Schilling teuren Filmes durch die EBS. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Kontrollamtsbericht

=++++

23 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. KRASSER (ÖVP) erklärte, wenn das Kontrollamt auch nicht jedes Jahr alle Abteilungen prüfen könne, würde sich doch innerhalb einiger Jahre ein erschöpfender Überblick über die Tätigkeit der Stadtverwaltung ergeben.

Auf direkte Beispiele eingehend, meinte Krasser etwa, für den Katastrophenschutz sei noch lange nicht alles getan. Die Erstellung eines Katastrophenalarmplanes sei noch nicht abgeschlossen. Krasser wies dann auch auf die lockere Gebarung der von der Gemeinde subventionierten internationalen Gesellschaft für Kulturaustausch hin, griff die Anregung auf, die Kosten für den Volkstheaterbetrieb zwischen ÖGB, Arbeiterkammer und Stadt Wien zu dritteln und stellte die Frage, wie ein Obersenatsrat wie Dr. Helmreich soviel Zeit aufbringen könne, um nebenberuflich noch Personalkonsulent beim Laxenburger Institut zu sein. Krasser wies auf seinen alten Antrag hin, die geprüften Stellen mögen nach drei Monaten bekanntgeben müssen, wie sie die aufgezeigten Mängel behoben haben und stellte zwei Beschlußanträge. Einerseits soll überprüft werden, ob die MA 25 zur Bewältigung der ihr gestellten Aufgaben zusätzliches Personal benötigt, und andererseits soll anlässlich des Rechnungsabschlusses dem Gemeinderat ein Bericht vorgelegt werden, aus welchen Gründen die Inanspruchnahme von beschlossenen Sachkrediten, die eine Höhe von 10 Millionen Schilling übersteigen, im Laufe des Budgetjahres nicht erfolgte. (Forts.) rö/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Kontrollamtsbericht

=++++

24 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) GR. MAYRHOFER (SPÖ) erklärte, die Debatte habe gezeigt, daß die Arbeit des Kontrollamtes von allen Fraktionen anerkannt werde. Weniger Übereinstimmung gäbe es allerdings bei den Konsequenzen. Die Opposition lese aus dem Bericht Unfähigkeit, Rückstände und Skandalisierung. Die Aufgabe der Mehrheit sei es dagegen, die Mißstände zu beheben. Die Aufgaben der Gemeinde wurden immer vielfältiger, weil die Stadt Wien immer mehr Servicestelle werde. Der Kontrollamtsbericht gebe Hinweise auf Schwachstellen. Als gut und praktisch bezeichnete Mayrhofer, daß die Stellungnahmen der geprüften Stellen nun übersichtlicher gegenübergestellt werden.

Besonders hob Mayrhofer das Sicherheitskontrollamt hervor. Dessen Berichte dürfen nur nicht zum Anlaß genommen werden, Meldungen in die Presse zu bringen, wie, daß der Schornstein der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig vom Einsturz bedroht sei.

Das Maß an Kontrolle in Wien sei mit keiner anderen Gebietskörperschaft vergleichbar. Fehlleistungen seien nicht ausgeschlossen, die überwältigende Mehrheit der Mitarbeiter leiste aber gute Arbeit, schloß Mayrhofer. (Forts.) rü/bs

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Kontrollamtsbericht

=++++

25 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) GR. HIRNSCHALL (FPÖ) betonte in seinem Schlußwort die Wichtigkeit des Kontrollamtes für Wien und dankte den Rednern für ihre Beiträge, die gezeigt hätten, daß über die Arbeit des Kontrollamtes ein Konsens zwischen allen Parteien herrsche.

ABSTIMMUNG: Der Kontrollamtsbericht wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

Der ANTRAG der ÖVP, das Kontrollamt möge überprüfen, ob die Magistratsabteilung 25 zusätzliches Personal benötige, wurde einstimmig dem Bürgermeister zugewiesen.

Der ANTRAG, bei Sachkrediten über zehn Millionen S, die nicht komplett in Anspruch genommen wurden, dem Gemeinderat einen Bericht vorzulegen, wurde einstimmig dem Ausschuß Finanzen- und Wirtschaftspolitik zugewiesen. (Forts.)gab/ap

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Subvention Dramatisches Zentrum

=++++

27 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) GR. STRANGL (SPÖ) beantragte eine Subvention von 450.000 S für das "Dramatische Zentrum Wien".

GR. PROCHASKA (ÖVP) kritisierte mangelnde Transparenz über Vorhaben, Projekt und geleistete Arbeit. Der Nachweis über die Verwendung der Mittel erfolge nicht zufriedenstellend. Trotz der Kurse, die bisher dort durchgeführt wurden, wurde bisher noch kein überragender Schauspieler hervorgebracht, sagte Prochaska. Es solle einen Kontrollamtsbericht über das Dramatische Zentrum geben, er habe ihn jedoch noch nicht erhalten, schloß Prochaska.

GR. WINDHAB (SPÖ) replizierte, es sei versucht worden, in Ordnung zu bringen, was nicht in Ordnung war. Die Statuten des Dramatischen Zentrums wurden unter Mithilfe des Kontrollamts geändert und sind nun einwandfrei.

In seinem Schlußwort erläuterte GR. STRANGL, daß die Mietkosten auf 700.000 S gestiegen sind, die Gesamtkosten weit darüber liegen. Wie alle Subventionen wurde auch diese um zehn Prozent gekürzt.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ angenommen.

(Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Ideenwettbewerb altes AKH

=++++

28 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) GR. BROSCHE (SPÖ) stellte den Antrag, für die Gestaltung des Bereiches des Alten Allgemeinen Krankenhauses im 9. Bezirk einen städtebaulichen Ideenwettbewerb mit einem Gesamtaufwand von sieben Millionen S auszuschreiben. Die Kosten wären von den beiden Eigentümern Bund und Stadt Wien im Verhältnis 1:2 zu tragen.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) sagte, der Wettbewerb sei für eine optimale städtebauliche Lösung am geeignetsten.

Auch GR. Dr. MAYR (ÖVP) begrüßte die Ausschreibung eines Ideenwettbewerbes. Man dürfe das Gebiet des Alten AKH allerdings nicht isoliert betrachten, sondern müsse den gesamten 9. Bezirk einbeziehen. Die Vorgabe, auf diesem Gelände 1.000 Wohnungen zu bauen, sollte man auf eine gewisse Bandbreite ausdehnen, da in letzter Zeit solche Vorgaben oft zu hoch gegriffen worden seien.

Bezirksvorsteher SCHMIED (ÖVP) machte darauf aufmerksam, daß es sich hier um eine Zukunftsfrage für den 9. Bezirk handle, um eine einmalige Chance, die Lebensbedingungen zu verbessern und notwendige Einrichtungen zu schaffen. Eine "innerstädtische Gartenstadt", ein multifunktionales Freizeit- und Erholungszentrum sollte hier entstehen. Die 550 alten Bäume sowie die erhaltungswürdigen Teile des alten AKH müßten unter Schutz gestellt werden.

Eine städteplanerische Todsünde wäre es, auf diesem Gebiet 1.000 Wohnungen zu errichten, da zudem 3.000 Wohnungen im Bezirk leer stünden. (Forts.) roh/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Ideenwettbewerb altes AKH

=++++

29 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) StR. Univ.-Prof. Dipl.Ing. Dr. WURZER (SPÖ) versicherte, daß die Bezirksvertretung bei der Ausschreibung des Ideenwettbewerb hinzugezogen werden würde. Es handle sich hier um das größte Stadterneuerungsprojekt von ganz Österreich, das nicht nur unter Bezirksperspektiven gesehen werden dürfe. Deshalb werde man bewährte Architekten aus dem Ausland zum Wettbewerb einladen. Eine Jury werde die endgültigen Ausschreibungsbedingungen, darunter die Anzahl der zu bauenden Wohnungen, beschließen. Die Interessen von Bund, Nationalbank und Universität müßten dabei berücksichtigt werden.

Als Bezirksoobmann des 9. Bezirkes meldete sich GR. PÖDER (SPÖ) zu Wort. Er bedauerte, daß es bisher keinen offenen Dialog zwischen den Fraktionen gegeben habe. Auch die SPÖ wolle dieses Gebiet nicht verbetonieren, die erhaltungswürdigen Teile erhalten und die Alsergrunder Bevölkerung zur Mitbestimmung heranziehen. Allerdings habe der Alsergrund in den letzten zwanzig Jahren fast die Hälfte seiner Wohnbevölkerung verloren, und man müsse dieser Abwanderungsbewegung Einhalt gebieten. Es dürfe auch kein menschenleerer Streifen zwischen Franz-Josefs-Bahnhof und Gürtel entstehen. Diese Gefahr bestünde, falls hier nur Parkanlagen geschaffen würden.

In einer zweiten Wortmeldung betonte GR. Dr. MAYR (ÖVP) noch einmal, daß keine fixe Zahl von Wohnungen vorgegeben werden dürfe, da sonst bei der Durchführung des Wettbewerbs Schwierigkeiten entstünden. Auch sollten nicht alle Wohnungen aus Mitteln der Wohnbauförderung finanziert werden, da deren Einkommensrichtlinien zum Beispiel Ärzte oder Universitätsdozenten vom Erhalt einer Wohnung ausschließen würden.

In seinem Schlußwort stellte GR. BROSCHE fest, daß bestimmte Vorgaben notwendig wären. Es bestünde keine Gefahr, daß Monostrukturen geschaffen würden; viele Möglichkeiten der Mitbestimmung stünden noch offen.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

(Forts.) roh/ap

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Wettbewerb U 6-Brücke

=++++

30 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPÖ) beantragte die Durchführung eines Wettbewerbes für einen die Aspekte des Denkmalschutzes berücksichtigenden Entwurf für die künftige Hochstrecke der U 6 im Wiental.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) begrüßte die Durchführung des Wettbewerbs. Es sei möglich, daß dabei eine Lösung herauskommt, welche die Otto-Wagner-Brücke erhält und daneben ein neues, architektonisch wertvolles Bauwerk vorsieht.

Stadtrat Dr. MAUTHE (ÖVP) bezeichnete den Bau einer Betonbrücke neben der Otto-Wagner-Brücke als düstere Aussicht. Die Stadtplanung vergaß, den Technikern von vornherein zu sagen, daß die Wagner-Brücke in ihre Überlegungen einzubeziehen ist. Er hoffe, schloß Mauthe, daß in letzter Minute noch eine Lösung gelingt, die uns die zweite Brücke erspart.

Stadtrat Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. WURZER betonte, daß der Präsident des Bundesdenkmalamtes mit dem Wettbewerb einverstanden ist, wobei die Wagner-Brücke erhalten werden soll. Internationale anerkannte Experten haben ihre Mitwirkung in der Jury zugesagt. Wurzer wandte sich entschieden gegen eine behördliche Reglementierung persönlicher Geschmacksmeinungen. Auch dem notwendigen Neuen muß Raum gegeben werden, wir dürfen uns der Zukunft nicht verschließen. Man kann doch nicht unterstellen, daß alle Beamten und Bauherren Barbaren sind. Wurzer gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß es den österreichischen Künstlern und Ingenieuren gelingen wird, diese Aufgabe zu bewältigen.

GR. OBLASSER (SPÖ) bezeichnete Mauthes Auffassung von Stadtentwicklung als statisch und konservativ. Hätte diese Einstellung stets gegolten, würden heute noch Fischerboote bei Maria am Gestade anlegen, und Wien wäre ein Kuriosum, aber keine Weltstadt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Instandsetzung von Wohnhausanlagen

=++++

31 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Die Instandsetzung der städtischen Wohnhausanlage 20, Denisgasse 39 - 41 mit einem Aufwand von fünf Millionen Schilling wurde mit Mehrheit beschlossen. Zur Instandsetzung der städtischen Wohnhausanlage 16, Lambertgasse 11 mit einem Aufwand von 5,7 Millionen Schilling meinte GR. MICHALICA (SPÖ), es sei dies ein Musterbeispiel für sanfte Stadterneuerung. Die 14 Substandardwohnungen werden zu elf vollkommen modernisierten Wohnungen zusammengelegt, die sechs im Haus gebliebenen Mieter ziehen innerhalb des Hauses um. Durch eine Kombination von Paragraph 7 und der großen Wohnbauförderung können die Kosten erschwinglich gehalten werden. In weiteren Maßnahmen ist die Wohnstraße Lambertgasse mit Trinkbrunnen, einem gedeckten Sitzplatz und einer Grünfläche bereits in Angriff genommen.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen. (Forts.)
rö/gg

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Wartungsvertrag

=++++

32 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Einen Vertrag für die Reinigung und Wartung der öffentlichen Bedürfnisanstalten beantragte GR. HABERL (SPÖ).

GR. Dkfm. Dr. Maria SCHAUMAYER (ÖVP) kritisierte die freihändige Vergabe an die Firmen und beantragte eine öffentliche Ausschreibung. Der Vertrag zwischen der Stadt Wien und der vorgesehenen Firma soll nur bis Mai 1984 Geltung haben.

GR. Haberl stellte in seinem Schlußwort fest, daß die freihändige Vergabe nach der Ö-Norm 2050 zulässig ist. Es sei nur eine Firma imstande, Arbeiten von so großem Umfang auszuüben.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Der Abänderungsantrag wurde abgelehnt. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Sachkrediterhöhung

=++++

33 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Die Wortmeldung von GR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) zu Post 91 wurde zurückgezogen.

Der Antrag, der die Erhöhung des Sachkredites für den Bau des Wagramer Sammelkanals von 59,3 Millionen Schilling auf 64,8 Millionen vorsieht, wurde mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

Zwtl.: Nulltarif-Bäderaktion

GR. Leopoldine PFAUSER (SPÖ) beantragte die Schaffung von Begünstigungen für Kinder und Familien während der Schulferien in den städtischen Bädern. Dabei sollen Kinder während der Sommerferien in den Sommerbädern und in den städtischen Hallenbädern jeweils am Mittwoch und Sonntag bei freiem Eintritt baden können, Jugendliche zum Preis von zehn Schilling. Während der Semester-, Oster- und Weihnachtsferien gilt der Nulltarif für Kinder in den städtischen Hallenbädern von Dienstag bis Freitag von 9 bis 13 Uhr.

GR. FÜRST (ÖVP) schlug vor, in die Nulltarifaktion in den Semester-, Oster- und Weihnachtsferien auch AHS-Schüler, Lehrlinge und junge Arbeiter, bis zum 18. Lebensjahr miteinzubeziehen.

Die kostenlose Badezeit sollte bis Betriebsschluß ausgedehnt werden. Fürst stellte einen diesbezüglichen Abänderungsantrag.

In ihrem Schlußwort sagte GR. PFAUSER, daß diese Regelung die Lehrlinge benachteiligen würde, da sie ja lediglich vier Wochen Jahresurlaub haben. Im Übrigen gebe es in Wien sowieso im Verhältnis zu anderen Bundesländern große Ermäßigungen in den Hallenbädern.

ABSTIMMUNG: Der Abänderungsantrag blieb mit den Stimmen der ÖVP und der FPÖ in der Minderheit. Der Antrag der Berichterstatterin wurde EINSTIMMIG ANGENOMMEN. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Darlehenskündigung

=++++

34 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. HOFSTATTER (SPÖ) beantragte die nachträgliche Genehmigung der Rückzahlung eines Teilbetragen von 300 Millionen Schilling, der aus einem 1.500 Millionen umfassenden Konsortialdarlehen stammt. Zur Refinanzierung sind Anleihen und Kredite auf dem Kapitalmarkt bis zu 300 Millionen aufzunehmen. 160 Millionen des Erlöses gehen an die Stadtwerke, 140 Millionen an die Hoheitsverwaltung.

ABSTIMMUNG: Einstimmig ohne Debatte angenommen.

Die Sitzung des Gemeinderates wurde nach insgesamt viertägiger Dauer Donnerstag um 19.45 Uhr vom Vorsitzenden, Gemeinderat MAYRHOFER, nach einer kurzen Schlußansprache geschlossen. (Schluß)
and/gg

--- Ende des Sitzungsberichtes ---

NNNN

Kein "verstreckter" Giftmüll in Leobersdorf

Utl.: Firma ist gewerberechtlich als Abfallvernichter
registriert

=++++

8 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Zur Meldung des "Kurier", wonach EBS-Giftmüll in einem aufgelassenen Ziegelwerk in Leobersdorf "versteckt" sei, teilte Stadtrat Josef VELETA der "RATHAUSKORRESPONDENZ" mit, daß es sich um einen Sondermüll-Lagerplatz einer Firma handelt, die Abfallvernichtungen durchführt. Die Geschäftsverbindung zwischen EBS und der Firma Lassi besteht seit mehr als drei Jahren.

Er habe bereits im April darauf hingewiesen, sagte Veleta, daß alle jene Stoffe, deren einwandfreie Entsorgung zweifelhaft erscheint, von den EBS nicht angenommen und, so vorhanden, an andere Stellen des In- oder Auslandes weitergeleitet werden. Seitens der EBS wurden verschiedene Sonderabfälle (hauptsächlich die Stoffgruppe F, die zur Zeit in den EBS-Anlagen nicht schadlos beseitigt werden können, an die Firma Lassi, Großhandel und Abfallvernichtung, weitergegeben. Diese Firma ist, was von den EBS vorweg überprüft wurde, gewerberechtlich als Abfallvernichter registriert. Weiters wurde überprüft, daß die genannte Firma mittels eines eingeschriebenen Briefes vom 20. April 1982 bei der zuständigen Bezirkshauptmannschaft Baden gemäß § 9 des Altölgesetzes vom 7. März 1979 die Aufnahme der Tätigkeit als Aufarbeiter angezeigt hat. (Schluß) we/bs

NNNN

Mieter aus der Großfeldsiedlung bei Stadtrat Hatzl

=++++

26 Wien, 1.7. (RK-KOMMUNAL) Eine Delegation von 9 Mietern aus städtischen Wohnhausanlagen - größtenteils aus der Großfeldsiedlung - informierten sich am Donnerstag bei Wohnbaustadtrat Johann HATZL über die Einhebung des Erhaltungsbeitrages im Rahmen des neuen Mietrechtsgesetzes. Vor dem Amtshaus in der Bartensteingasse hatten sich etwa 60 Mieter versammelt. Der Leiter der Delegation bedauerte zunächst, wegen der Fußballweltmeisterschaft für das Gespräch nicht allzuviel Zeit zur Verfügung zu haben. Stadtrat Hatzl wurde eine Resolution überreicht. Folgende Fragen wurden gestellt:

1. Warum wurde in der Großfeldsiedlung keine Mietzinsreserve angespart?
2. Warum wird in der Großfeldsiedlung die Obergrenze des Erhaltungsbeitrages mit 14,66 Schilling eingehoben, während es in anderen Bauten gleicher Kategorie nur 11,33 Schilling sind?
3. Wie sozial ist der soziale Wohnbau?

Wohnbaustadtrat Hatzl stellte fest, daß es in der Großfeldsiedlung verschiedene Bauetappen gab und die Anlage nach verschiedenen Förderungssystemen errichtet wurde. Bei einigen Objekten wurden bisher überhaupt keine Erhaltungsbeiträge eingehoben, bei anderen stehen für Reparaturarbeiten aus dem Grundzins nur 42 Groschen pro Quadratmeter und Monat zur Verfügung. Daher war eine Mietzinsreserve nicht möglich. Der Erhaltungsbeitrag wird, der Überprüfung der städtischen Wohnhauserhaltung (MA 27) entsprechend, in jener Höhe eingehoben, daß die Durchführung der notwendigen Reparaturarbeiten gesichert ist.

Der soziale Wohnbau bietet den Menschen wesentlich preisgünstigere Wohnungen, als jede andere Wohnbauform, betonte Stadtrat Hatzl. Der Baukostenbeitrag beträgt nur 5 Prozent, die öffentlichen Förderungsmittel sind auf 70 Prozent angehoben worden, und die Stadt Wien verzichtet auf den im neuen Mietrechtsgesetz vorgesehenen Ertrag von 20 Prozent der Mietzinseinnahmen. Hatzl kündigte an, daß nunmehr jedem einzelnen Mieter über EDV-Ausdrucke die Abrechnung über Erhaltungs- und Betriebskosten beziehungsweise über die Zusammensetzung des Mietzinses mitgeteilt werden. (Schluß)

ba/bs